

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

9.11.1927 (No. 261)

Es hat wenig Zweck, angeht die dieser Situation Vorwürfe zu erheben. Die einen richten diese Vorwürfe an die Reichsregierung, die andern richten sie an den Reparationsagenten selbst, der mit seinem Memorandum, dessen Kritik übertrieben sei, Deutschlands finanzpolitische Lage verschlechtert und uns gerade das erschwert habe, was er selber wünscht, nämlich den wirtschaftlichen Aufstieg. Der Reparationsagent wird wohl auf solche Vorwürfe wenig hören. Seine Position gestattet ihm zu sagen, daß er lediglich seine Pflicht erfüllt habe, und daß diese Pflicht ihn zwingt, Bedenken auszusprechen, sowie sich solche Bedenken ihm als ernst aufdrängen. Die Hauptsache ist, praktisch Hand anzulegen, damit der Schaden wieder ausgeglichen wird. Nur das allein ist positive und vaterländische Politik.

Wenn es uns gelingt, dem Reparationsagenten und dem Ausland den Glauben beizubringen, daß wir loyal alles getan haben, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, dann können wir mit den besten Aussichten jene Stelle des Memorandums verwerten, die für uns so überaus wertvoll ist, nämlich die Stelle, an der es heißt, daß andere Länder die Verantwortung für unsere passive Handelsbilanz und die sich daraus ergebenden Konsequenzen tragen müßten, und zwar „in dem Maße, in dem sie die deutschen Ausfuhr durch von außen in den Weg gelegte Hindernisse gehemmt werden“. Wir können unseren Verpflichtungen auf die Dauer nicht nachkommen, wenn wir nicht mehr exportieren. Dieser Export hängt von zwei Faktoren ab: dem Entgegenkommen der anderen (entgegenkommende Zollpolitik) und einer vernünftigen und gesunden Finanz- und Wirtschaftspolitik im Innern. Der Reparationsagent bestreitet einstuft, daß unsere Finanzpolitik gesund und vernünftig sei. Solange diese Frage aber nicht geklärt ist, können wir die zweite Frage, die der Verantwortlichkeit der anderen, nur schwer in die Debatte ziehen.

Bayern und Württemberg gegen den Einheitsstaat

Die „Bayerische Volkspartei“ nimmt in einem „Wie lange noch?“ überschriebenen Artikel in scharfer Form gegen die Rede des preussischen Kultusministers Dr. Becker gelegentlich der Jahrestagfeier der Hochschule für Politik in Berlin Stellung und bemerkt, diese Rede bedeute für das außerpreussische Deutschland einen Schlag ins Gesicht und müsse in den weitesten bayerischen Kreisen Erbitterung auslösen. Wenn der preussische Kultusminister glaubt, Bayern würde mitmachen bei seinem großpreussischen Einheitsstaat, so befindet er sich in einem großen Irrtum. Bayern werde niemals mitmachen und sich auch nicht dazu zwingen lassen. Man unterwerfe sich auch nicht immer lauter werdenden Stimmen aus dem schwäbischen und dem bairischen Lande, die vor dem Beginn warnten, den deutschen Süden verpreußen zu wollen. „Wir wollen keine Gespenster an die Wand malen, aber es gibt eine Einheit deutscher Gefühle vom Rhein bis nach Wien.“

Im württembergischen Landtag hat der dem Zentrum angehörende Innenminister Holz zur Frage des Einheitsstaats a. a. ausgeführt:

„Wir brauchen ein starkes Reich nach außen, und wir brauchen auch gewisse Dinge, die im Reich vereinheitlicht sind, nach innen. Aber eine Notwendigkeit, daß man die ganzen Verwaltungsfragen von einer Stelle aus bearbeitet und dirigiert werden, könne er wirklich nicht anerkennen. Und da habe er das Gefühl, daß das Reich und alle diejenigen, die das unterstützen, auf einem falschen Wege sind. Er sei der Überzeugung, daß die Verwaltungsaufgaben viel zweckmäßiger und billiger durch die Länder erfüllt werden, so wie es jetzt ist. Tatsache sei aber, daß wir in den letzten Jahren sehen müssen, daß das Reich von Monat zu Monat neue Verwaltungsaufgaben in seinem Bereich zieht, zunächst im Wege der Gesetzgebung, dann im Wege der Ausführungsbestimmungen, dann im Wege der Schaffung neuer Reichsbehörden. Wenn man von dem „dezentralisierten Einheitsstaat“ rede, so könne man sich ein größeres und unverständlicheres Schlagwort gar nicht denken.“

Den preussischen Provinzen und Verwaltungsstellen könne es gleichgültig sein, ob ihr Sitz in Berlin ist. Für Preußen und seine Provinzen ändere sich durch die erstrebte Neugestaltung gar nichts oder kaum etwas. Aber für die süddeutschen Staaten ändere sich sehr viel. Er habe den Eindruck, daß wir bei Fortschreiten der Verreichlichung der Verwaltung auf der ganzen Linie die Verlierenden sind. Er habe die Hoffnung, daß auch unsere Wirtschaft trotz der scheinbaren Einheitslichkeit, die in gewissen Entschleunigungen zum Ausdruck komme, anfangs, sich zu behaupten und zu überlegen, was auch von ihrem Standpunkt aus, rein im Innern des Reichs nicht nach außen blicken, das Zweckmäßige und Gute ist. Er bedauere, daß es allmählich Mode werde, den Reparationsagenten und seine Auffassung immer mehr in gewissen Fragen als Hilfe heranzuziehen, in denen man wirklich aus eigener und freier Entschleunigung unter Ablehnung jedes fremden Einflusses eine Entscheidung treffen könne. Hierbei wolle er niemand ausnehmen; das gelte auch für einen großen Teil der Presse und der Parteien. Er mache da niemand speziell einen Vorwurf, sondern stelle nur mit Bedauern fest, daß das immer mehr um sich greife, wenn man politisch nicht weiterkomme, zu sagen: Der Reparationsagent verlangt es, und das Ausland wird vorschreiben, wie ihr auch im Innern euer Haus auszubauen habt.“

Das außenpolitische Programm Paul Doucours

Wie aus Paris gemeldet wird, wurde im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten der sozialistische Abgeordnete Paul Doucour mit 21 gegen 9 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen zum Vorsitzenden an Stelle des zurückgetretenen Vorsitzenden Franklin Bouillon gewählt. Bei der Übernahme des Vorhies führte Paul Doucour aus:

Der Ausschuß unterstreicht mit seiner Wahl seinen Friedenswillen und die Absicht, eine französische Außenpolitik im Sinne und Geiste des Völkerbundes fortzusetzen. „Wir werden dieses Werk — so fuhr Paul Doucour fort — zwar ohne Illusionen, aber auch ohne Nachgeben weiterführen. Wir vermeiden nicht die gegenwärtige Schwäche des Völkerbundes und auch nicht die Schwierigkeiten, auf die er steht. Wir gedenken keines der Mittel unserer Sicherheit zu opfern, das nicht durch gleichartige internationale Garantien ersetzt würde. Aber wir werden nicht aufhören, den anderen diese neue europäische Ordnung vorzuschlagen, denn wir wissen wohl, daß nur sie allein die Möglichkeit neuer Konflikte ausschließt.“

Aus den Reichstagsausschüssen

Die Besoldungsvorlage

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat am Dienstag in die Einzelberatung der Besoldungsvorlage ein.

Abg. Schulz (Dem.), beantragte, statt des Wohnungsgeldzuschusses einen Ortszuschlag zu gewähren. — Abg. Steinopf (Soz.) unterstützte diesen Antrag, mußte jedoch als offizieller Berichterstatter empfehlen, diese Frage bis zu der Beendigung der ersten Lesung offen zu lassen. Steinopf legte einen Antrag vor, der statt des Grundgebhalts das Dienstentkommen festsetzt.

Ministerialdirektor Dr. Rotholz wendete sich gegen beide Anträge. Man solle nicht zu den bisherigen Auslegungen des Dienstentkommens noch eine neue hinzufügen und dadurch den Rechtszustand noch mehr verwirren. Der Wohnungszuschlag wolle den Beamten einen Zuschlag zur Miete gewähren, der Ortszuschlag dagegen die Leuerung der Verhältnisse in lokal abgegrenzten Gebieten berücksichtigen. Die Nichtdurchführbarkeit des Ortszuschlagsystems habe man 1923 erlautet und sei deshalb zum Wohnungsgeld zurückgekehrt.

Abg. Lude (Wirtsch. P.) trat gleichfalls für den Ortszuschlag ein.

Abg. Torgler (Komm.) lehnte das Ortszuschlagsystem ab und wünschte einen Einheitsgehalt für das ganze Deutsche Reich abzüglich 10 Proz. für rein ländliche Gebiete.

Nach weiterer Aussprache wurde unter Ablehnung aller Anträge der grundlegende Paragraph 1 in der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt.

Es folgt der Abschnitt: Grundgehalt.

§ 2 wird unter Ablehnung aller Anträge genehmigt.

§ 3 setzt die Aufstiegsstufen der Grundgehälter fest. Die Regierung schlägt zwei Jahre vor. Abg. Torgler einjährige Stufen.

Ministerialdirektor Dr. Rotholz bittet, es bei der Regierungsvorlage zu lassen. Der Antrag Torgler ergäbe Mehrausgaben allein für das Reich von rund 200 Millionen Reichsmark.

Ein Antrag des Abg. von Guérard (Zentr.): „Die Beamten des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz werden bei ihrer Wiederaufnahme in den Dienst in die Dienstaltersstufen nach dem Ermessen des Reichspräsidenten oder des Reichsjustizministers eingewiesen“, wird genehmigt. Unter Ablehnung anderer Anträge wird § 3 genehmigt.

§ 4 handelt von dem Rechtsanspruch der planmäßigen Beamten auf die Dienstalterszulagen und das Ruhen und den Verlust dieses Anspruches. Auch dieser Paragraph wird genehmigt.

Es folgt § 5. Unter Ablehnung von Abänderungsanträgen wird der Absatz 1 des § 5 unverändert angenommen. Beim Absatz 2 entspinnt sich eine längere Debatte über die Frage der Dauer der Diätarzeit. Sowohl von der Reichsregierung als auch von der preussischen Regierung wird zugegeben, daß eine große Zahl von Diätaren überfordert sei, daß es aber nicht möglich sei, innerhalb kurzer Zeit eine große Anzahl von neuen Stellen zu schaffen. Es würden jedoch in absehbarer Zeit wieder normale Verhältnisse eintreten.

In der heute Mittwoch fortgesetzten Beratung beantragte Abg. Lude (Wirtsch. P.), die Militärdienstzeit in vollem Umfang auch den vor dem Inkrafttreten des neuen Besoldungsgesetzes im Dienst befindlichen Beamten anzurechnen.

Abg. Rothmann (Soz.) verlangte eine besondere Regelung der Frage der Schwerkrüppelbeschäftigten, die Anspruch auf Beamtenstellen haben.

Abg. Morath (D. Vp.) empfahl einen Antrag der Regierungsparteien, der einen Unterschied zwischen den schon planmäßigen und den noch nicht planmäßigen Beamten bei der Anrechnung der Militärdienstzeit macht, also für die Vergangenheit und für die Zukunft.

Ministerialrat Edd hat, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Für die künftig zu verordnenden Militäranwärter soll ein weiteres Dienstjahr auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden also bis zu 9 Jahren, statt bisher 8. Fälle man mehr, so würden die Zivilanwärter schlechter gestellt.

Abg. Schulz (Dem.) beantragte, den Verordnungsanwärtern bei jähriger Dienstzeit 1 Jahr anzurechnen, bei längerer Dienstzeit die darüber hinausgehende Zeit, höchstens aber weitere 7 Jahre.

Darauf wurden alle Anträge abgelehnt bis auf einen Antrag Moraths, der neben der Dienstzeit im Heere, in der Marine und in der Schutzpolizei auch den Dienst im Reichswasserschutz anrechnen will.

Das Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen beriet am Dienstag die Abänderungsgesetze zum Reichsmietengesetz und zum Mieterschutzgesetz.

Abg. Lipinski (Soz.) trat für die Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und für die Schaffung eines dauerhaften sozialen Mietrechtes ein. Die Wohnungsnot sei eine Folge des Krieges. Die öffentliche Wirtschaft habe daher auch die Pflicht, der Notlage zu steuern. Der Vermieter trittweise die Herausnahme der sog. Großwohnungen und der gewerblichen Räume aus der Zwangsrentenpflicht.

Abg. Güllein (Komm.) schilderte die Notlage auf allen Gebieten des Wohnungswesens. Die geforderte Mieterhöhung habe keine Berechtigung. Sie raube dem größten Teil des Volkes die Möglichkeit, seine Wohnungen zu behalten.

Justizminister Berg wandte sich gegen die Gedankenänge des sozialdemokratischen Vorredners, der schon heute endgültig die augenblickliche Gesetzgebung im Bürgerlichen Gesetzbuch im Sinne der geltenden Gesetze umgestalten möchte. Nach den Berichten fast aller deutschen Länder seien besondere Erschwerungen aus Anlaß der Novelle nicht eingetreten. Es handelt sich im wesentlichen um eine Vereinfachung des bisher komplizierten Verfahrens. An den materiellen Grundlagen des bestehenden Mieterschutzes ändere die Vorlage überhaupt nichts. Der Minister verwies zum Schluß auf die bereits durch die Reichsregierung abgegebene Erklärung, wonach die gesetzliche Miete weder am 1. April 1928 noch überhaupt in absehbarer Zeit erhöht werden solle. Es liege also irgend eine Veranlassung zur Beurlaubung der Bevölkerung nicht vor.

Abg. Beythien (D. Vp.) wies darauf hin, daß die Linksparteien die Frage des Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft dazu benutzen wollen, nicht nur den jetzigen Zustand beizubehalten, sondern die Sozialisierung des Hausbesitzes zu erreichen. Die vor Pfingsten abgeschlossene Wohnungszählung zeige, daß im deutschen Reich mindestens 900 000 Haushaltungen nicht im Besitze eigener Wohnungen sind. Deshalb müssen wir zur Zeit noch in der Beschaffung der Schutzbestimmungen vorwärts sein. Meine Fraktion legt Wert darauf, grundsätzlich gegen das Fundament des Wohnungsbürokratismus vorzugehen. Wir haben den Antrag eingebracht, das Wohnungsmangelgesetz vom 1. April 1928 außer Kraft zu setzen. Wir sehen in diesem Gesetz das dauernde Gemühs für den Abbaugang.

Abg. Steiniger (N.L.) trat dem Vorredner bei, daß solange Schutzbestimmungen für die Mieter vorhanden sein müßten, solange sich Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt nicht eingemeinigen werde. Da sich jetzt schon auf dem Wohnungsmarkt eine kleine Besserung gezeigt habe, müsse man allerdings erst allmählich versuchen, zur normalen Gesetzgebung zurückzukehren.

Abg. Silberschmidt (Soz.) war der Ansicht, daß an dem Mieterschutzgesetz nichts geändert werden dürfe. Solange die Erlangung der Wohnungen notgedrungen öffentlich-rechtlich geordnet werden muß, darf auch die Kündigung nicht einfach dem Privatrecht überlassen werden. Die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes der völligen Freiheit des Besitzenden würde unerträglich sein.

In der heute, Mittwoch fortgesetzten Beratung vertrat Abg. Dr. Briffen (Wirtsch. P.) die Interessen des Hausbesitzes. Er meinte, daß die Freigabe der gewerblichen Räume keine Unzulänglichkeiten zur Folge gehabt habe. Von der Mieterhöhung von 20 Proz. kämen dem Hausbesitzer nur 2 Proz. zugute.

Abg. Tremmel (Ztr.) verlangte grundsätzlich die Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft, trat aber für die Einführung des Kündigungsrechts und die Regierungsvorlage ein.

Abg. Bartschat (Dem.) lehnte die Vorlage ab; er war der Auffassung, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die gewerblichen Räume habe den kleinen Existenz die schwersten Schädigungen gebracht, und die Einführung des Kündigungsrechts würde die unerträglichen Zustände noch verschlimmern.

Ostsiedlung für Minderbemittelte

Dipl.-Ing. Mauritian, Karlsruhe, führt in einem der Presse zugegangenen Artikel über seine bekannten Pläne folgendes aus:

Dieser Tage brachte die Presse eine kurze Notiz über die Ostsiedlung etwa folgenden Inhalts:

„Viel ist über die Siedlung geschrieben worden. Seit aber der badische Landtag und die Regierung nach dem Vorbild des preussischen Staates für badische Landwirte, die in die Ostsiedlung abwandern wollen, 6000 Mark pro Siedlerstelle zugesagt hat, hat die Erörterung über dieses Problem aufgehört. Es stellte sich nämlich mittlerweile heraus, daß die Zahl junger Landwirte, die neben dem Staatsdarlehen noch ein eigenes Vermögen von 8–10 000 Mark zur Verfügung haben, äußerst gering ist.“

Schon vor Monaten habe ich in einer Artislerie, welche unter dem Titel „Badische Ackerbau- und Gewerkschaften im Osten“ darauf hingewiesen, daß sich keine paar Tausend Badener mit 10 000 Mark finden werden, um nach dem Osten auszuwandern. Tatsächlich hat der Landtag für 200 Badener die Zuschüsse bewilligt — und 5 sind nach meinen Informationen abgewandert.

Diese Tatsache ist der Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung, welche die Forderung aufstellte, daß es sich für Baden nur darum handeln kann, die Ostwanderung der Minderbemittelten und Beschäftigten zu organisieren. Abwandern tun nur Menschen, welche nichts haben oder nur so viel, daß es eben im überfüllten Lande nicht zu einer Existenz reicht. Also Beschäftigte oder Minderbemittelte. Dies ist die historische Linie jeder Völkerverwanderung und der Ostsiedlung früherer Jahrhunderte. Die Grundlage dafür ist in wirtschaftlichen und menschlichen Zwangslagen zu suchen. Es mag einige Tausend oder hundert Ausnahmen geben — wir sind ein Millionenvolk. — Eine wirtschaftliche Ostwanderung wird es nie auf der 10 000-Mark-Basis, sondern auf dem Wege der Minderbemittelten- und Beschäftigtenwanderung geben.

Diese Ostwanderung aus den überfüllten Gebieten des Westens in die dünn besiedelten Gebiete des Ostens ist aber ebenso eine soziale, wie eine politische, eine wirtschaftspolitische, wie eine bevölkerungspolitische Notwendigkeit. Die Lösung der Siedlungsfrage ist nicht mehr und nicht weniger als die Lösung der Schicksalsfrage des deutschen Volkes.

Auch die verantwortlichen Männer und Stellen Badens haben die Notwendigkeit einer Lösung erkannt, darauf ist die Bewilligung von insgesamt 1,2 Millionen für badische Ostsiedler ein greifbarer Beweis. Bei Betrachtung der badischen Auswanderungsziffern, 4743 Badener im Jahre 1926, fähig die Regierungsdienstzeit über die Ostsiedlung: „Diese Zahlen, die weit über dem Reichsdurchschnitt liegen, machen es den verantwortlichen Stellen zur Pflicht, die Frage eingehend zu prüfen, ob nicht für wenigstens einen Teil dieser Auswanderer Siedlungsgebiete in Deutschland beschafft werden kann.“

Daß für viele Tausende Bauernstellen im Osten geschaffen werden können, gibt die Regierungsdienstzeit an anderer Stelle zu.

„... machen es den verantwortlichen Stellen zur Pflicht, die Frage eingehend zu prüfen. Es ist ganz selbstverständlich, was jetzt — nachdem die Ostwanderung der 10 000-Mark-Leute praktisch hinfällig ist — zu prüfen ist. Es ist die Frage: Wie organisieren wir die Ostwanderung der Minderbemittelten und Beschäftigten bzw. wie unterstützen wir dahingehende Bestrebungen.“

Wie schon angedeutet, habe ich vor einigen Monaten hierüber durch die Presse öffentlich Vorschläge gemacht. Sie seien kurz nochmals zusammengefaßt:

Weder der badische Staat noch eine badische Gemeinde hat Interesse an der Abwanderung von Landeskindern, welche 10 000 Mark bares eigenes Geld mitnehmen. Das öffentliche Interesse geht dahin, Leute bei der Abwanderung zu unterstützen, welche bereits oder minderbemittelt sind, und welche der Fürsorge bereits zur Last liegen oder früher oder später zur Last liegen werden.

Wie sind diese zu unterstützen? Der Siedlungsanwärter, welcher mehr oder weniger mittellos ist, verpflichtet sich, nur gegen Verpflegung, Taschengeld und Arbeitskleidung auf einem im Osten zur Aufteilung gelangenden Gute zu arbeiten. Befamlich wird jedes zur Aufteilung bestimmte Gut während dieser Arbeit weiter bewirtschaftet. In erster Linie wird durch landwirtschaftliche Arbeit die Verpflegung sichergestellt, jede Stunde, welche die Landwirtschaft frei läßt, wird zum Aufbau der Siedlungen, Meliorationen und Wegebauten verwandt. Die Arbeitskraft kann also voll ausgenutzt werden. Und daraus ergibt sich für den einzelnen ein Überschuß von 1000 und mehr Mark pro Jahr. Für Ehepaare und Familien entsprechend mehr. Was über den Lebensunterhalt hinaus verdient wird, dient als bargeldlose Anzahlung auf den zu erwerbenden Besitz. Ein mittelloses Ehepaar dürfte auf diesem Wege in 3 bis 4 Jahren 4–6000 Mark aus seiner Arbeitskraft herausanzahlen.

Entsprechend der selbst in bar aufzubringenden Anzahlung, der Anzahl und Arbeitsleistung der mitarbeitenden Familienmitglieder und der eigenen Arbeit erfolgt die Zuteilung der Bauern- oder Handwerkerstellen.

Das Prinzip dieser Arbeit nenne ich das Schaffer-Prinzip, die nach diesem Prinzip Arbeitenden „Schaffer“. Die Arbeitshilfe, welche durch andere „Schaffer“ einem Siedler beim Aufbau der Siedlung geleistet wird, wird als bargeldlose „Schaffer-Hypothek“, also Arbeitsstundenhypothek sichergestellt.

An Stelle der heute von dem Ostsiedler aufzubringenden 10 000 Mark tritt also die eigene kleinere oder größere Baranzahlung, die eigene Arbeitsleistung beim Aufbau der Siedlungen, ergänzt durch eine „Schafferhypothek“. Diese Beiträge zusammen genommen sind für den „Schaffer“ als

Siedler zinslos. Da die nach diesem Prinzip angelegten Siedler mit den Bodenverhältnissen des Siedlungsguts vertraut sind, dürften für die Siedler auch die hohen Einrichtungskosten des Reiches — bis zu 4000 Mark bei Siedlungen bis 60 Morgen — in Frage kommen.

Nach dem heutigen Siedlungsprinzip läuft sich der Siedler durch eine der provinziellen Siedlungsgesellschaften in Preußen eine Siedlung. Ob er als Siedler geeignet ist, zeigt sich erst nachher. Wohl den meisten dürfte die Eingewöhnung im Osten und Norden des Reiches, in die besonderen klimatischen, die Boden- und Abgabeverhältnisse des Siedlungsgutes, eine „Stange eigenen Geldes“ kosten.

Das geschilderte „Schaffer-Prinzip“ geht von dem einfachen Gedanken aus, daß die Neusiedler vor Übernahme einer Siedlung einer Selbstauslese der Lebenskräftigen, Tüchtigen und Genügsamen unterzogen werden müssen. Wer gegen Verpflegung, Taschengeld und Arbeitskleidung einige Jahre arbeitet, um durch die Mehrleistung die dargelohnte Anzahlung aufzubringen, beweist, daß er genügsam ist. Gleichzeitig wird der Siedler aber an Klima, Boden- und Abgabeverhältnisse eingewöhnt.

In den Wintermonaten ist Zeit um die theoretische Ausbildung der Siedlung zu fördern. Eine spätere Wirtschaftsberatung, welche auf diesen Kenntnissen weiterbaut, ist selbstverständlich. Vor allem möchte ich aber auf folgendes aufmerksam machen: Wenn man heute 100 Bauern aus den verschiedenen Teilen Badens nach dem Osten verpflanzen würde, so bilden diese noch kein badisches Dorf. Geschweige denn eine Genossenschaft. Ohne den Rückhalt an einer Genossenschaft ist aber heute kein atemgefehlener Landwirt, geschweige denn ein Neusiedler lebensfähig.

Die nach dem Schaffer-Prinzip angelegten Neusiedler haben sich bei der Arbeit kennen gelernt. Bei Rückschlagen, welche sich in der Landwirtschaft und Viehzucht nie vermeiden lassen, wird der eine dem andern die erforderliche genossenschaftliche Hilfe immer leisten. Einfach, weil eine natürlich gewachsene Wirtschaftsgemeinschaft da ist.

Es dürfte die Öffentlichkeit interessieren, daß zur praktischen Organisation der Siedlung nach dem „Schaffer-Prinzip“ sich bereits eine Genossenschaft unter dem Namen „Schaffer-Gilde“ nur dem Lebenskräftigen, welcher selbst an Siedlung ist, dabei ein Teil des Programms der „Schaffer-Gilde“. Diese hat das Ziel der Förderung der Selbstbildung für die Besitzzlosen, als Vorarbeit zur inneren Umstellung der Massen zu einer positiven Staatsmeinung. Helfen will die „Schaffer-Gilde“ nur dem Lebenskräftigen, welcher selbst arbeiten und sparen will. Daß dies auf dem stützigen Wege der Siedlung möglich sein wird — in Ergänzung durch die bekannten Kredite des Reiches —, wird jeder Andrer eingeweihte angeben.

Nach Ansicht vieler Wirtschaftsführer stehen wir vor einer neuen Erwerbslosigkeit. Dabei hat Baden in der jetzigen „Konjunkturzeit“ rund 20 000 Vollerwerbslose und Krisenfristberechtigte. Also Erwerbslosigkeit und Auswanderung nach Tausenden.

In einer vor wenigen Tagen erschienenen Broschüre über „Hilfeleistung für minderbemittelte und besitzlose Landwirte und Handwerker“ (Verlag „Schaffer-Gilde“, Karlsruhe, Stefanienstraße 74, Preis 0,75 M.), habe ich den zuständigen Stellen den Vorschlag gemacht, die Abwanderung der Mittellosen durch Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu unterstützen. Diejenigen Leute, welche gegen Verpflegung, Taschengeld und Arbeitskleidung sich verpflichten, zu arbeiten, sind sicher arbeitswillig. Hier in Baden ist keine Beschäftigung. Sie ist auch nicht zu beschaffen. Aber bei der Aufstellung der großen Güter im Osten — Duzende von Verkaufsangeboten liegen vor — können diese „Schaffer“ nicht nur Arbeit, sondern auch eine Existenz finden — für dauernd — innerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Und zwar Tausende. Die Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge gehen der Allgemeinheit dabei nicht verloren. Der entsprechende Betrag kann jeweils auf die neu geschaffene Siedlerstelle als zinslose Hypothek eingetragen werden.

Hier im dichtbesiedelten Westen ist keine Arbeit und Existenzmöglichkeit für Zehntausende, — trotzdem Tausende jährlich auswandern.

Nicht nur für fünf Badener, sondern für Tausende muß und kann die Möglichkeit geschaffen werden, im Osten des Reiches nicht nur Arbeit zu finden, sondern auch der Arbeit heraus eine Existenz für dauernd aufzubauen.

Der gezeigte Weg ist praktisch durchführbar. Duzende haben sich in der kurzen Zeit der Werbetätigkeit bei der „Schaffer-Gilde“ gemeldet. Hunderte und Tausende werden sich melden, wenn das „Schaffer-Prinzip“ erst weiteren Kreisen bekannt geworden ist. — Und die Leute erkennen, daß ihr Verdienst im besten Falle hier im Westen auch nur zur Verpflegung, Arbeitskleidung und Taschengeld langt — aber nur in den seltensten Fällen zum Aufbau einer selbständigen Existenz.

Tausende müssen zur Abwanderung veranlaßt werden. Und zwar insbesondere der Nachwuchs vom Land, der sonst in die Stadt drängt. Antragsbar sind auf die Dauer die Erwerbslosenunterstützung und Fürsorge in Baden für Zehntausende, im Reich für Millionen Menschen. Der gezeigte Schafferweg ist der Weg zur Lösung der bis jetzt ungelösten Frage der Siedlung.

Die Genfer Ausfuhrkonvention

Am Dienstag nachmittag wurde im Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf das internationale Abkommen betreffend die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen samt dem zugehörigen Ergänzungsprotokoll und der Schlusssatz der Konferenz unterzeichnet.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Wilson, erklärte, Amerika behalte sich seine endgültige Stellungnahme vor. Dr. Noke, Vertreter der Internationalen Handelskammer, erklärte, daß das Abkommen die Erwartungen der Geschäftswelt zwar nicht vollkommen befriedige, daß es aber als ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege der vollständigen Abschaffung der Verbote und Beschränkungen aufzufassen sei. Die Internationale Handelskammer werde deshalb ihre nationalen Sektionen ersuchen, bei den Regierungen der betreffenden Länder für eine rasche Ratifikation einzutreten. In seiner Schlussrede führte der Präsident der Konferenz, der ehemalige holländische Ministerpräsident Colijn, aus, man sei sich im Laufe der Verhandlungen klar geworden, daß es zur Zeit nicht möglich sei, alle Beschränkungen des internationalen Handels abzuschaffen. Bedauerlich sei auch, daß das Regime der Schiedsgerichtsbarkeit nicht zu weitergehender Anwendung gelangt sei. Durch die Konferenz sei aber eines der wichtigsten Postulate der Weltwirtschaftskonferenz der Verwirklichung näher gebracht worden.

Der Konvention gehören 18 Staaten, darunter auch Deutschland, an.

Parlamentssitzung in London. Die beiden Häuser des britischen Parlaments sind am Dienstag wieder zusammengetreten. Im Unterhause wurde Baldwin lebhaft begrüßt.

Die Neuprüfung der Mittel für den geplanten Ausbau des Untergrundbahnnetzes wurde, wie aus Neuport gemeldet wird, mit großer Mehrheit angenommen.

Über die russische Revolutionsfeier

wird aus Moskau berichtet, daß in allen Städten der Sowjetunion aus Anlaß der Zehnjahresfeier der Oktoberrevolution Kundgebungen stattfanden. In einer Reihe von Städten fand die Eröffnung der Grundsteinlegung neuer Fabriken und kultureller Institute statt, darunter in Kischinaw-Ukraine die Grundsteinlegung der Dniepr-Wasserkraftwerke, des mächtigsten Elektrizitätswerkes der Sowjetunion. In Moskau fanden Versuche einiger Führer der Opposition statt, die Aufmerksamkeit der Demonstranten durch ihre ausgehängten Bilder und entsprechenden Aufrufe auf sich zu lenken. Die Sowjetmeldungen besagen, daß diese Versuche mißlingen. Auch ein Versuch Trozki, am Reichspräsidenten einen Rede zu halten, scheiterte. Ebenso mißlang ein Versuch von Oppositionsführern, demonstrativ hervorzutreten, in Leninograd, wo die Demonstranten mit Rufschreien und Gelächter die dort erschienenen Oppositionsführer Sinowjew, Radef und Zensobimow zwangen, sich zu entfernen.

Die Strafrechtsreform. In dem zur Beratung des Strafrechtswurkes eingeleiteten Sonderausschuß des Reichsrates Nationalrates erstattete Abg. Dr. Kintelen Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die von den Vertretern des zweiten Ausschusses mit den Vertretern des Sonderausschusses des Deutschen Reichstages in Berlin gepflogen worden sind. Dem Vorschlag auf Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses wurde einhellig Zustimmung erteilt. Als Vertreter wurden sechs Abgeordnete, darunter Dr. Kintelen bestellt.

Einschränkung der preussischen Bauvorhaben. Wie die „Post. Ztg.“ hört, wird die preussische Regierung von einem Teil von dem ursprünglich für das nächste Etatsjahr geplanten öffentlichen Bauten infolge der gespannten Finanzlage vorläufig Abstand nehmen. Es handelt sich dabei in erster Linie um Universitäts- und Akademienbauten. Die durch die Umstellung der Polizei nötig gewordenen Unterkünfte der Schutzpolizei sollen mit größtmöglicher Sparsamkeit errichtet werden. Der neue Etat für Bauzwecke soll in keinem Falle die legalen Mittel überschreiten.

Der Neubau des Völkerbundeshauses. Die die Architektenfreie der ganzen Welt interessierende Frage des Neubaus des Völkerbundespalastes rückt in die Nähe. Das Fünfer-Komitee, das vom Völkerbundrat eingesetzt worden ist, um das definitive Projekt auszuwählen, hat die Prüfung der neun vom Preisgericht prämierten Entwürfe fortgesetzt. Das Komitee, dessen Mitglieder das Problem seit der letzten Völkerbundsversammlung einzeln studiert hatten, beschloß, die Beratungen bis 19. Dezember zu vertagen, damit noch verschiedene ergänzende technische Informationen eingeholt werden können.

Vor der Lira-Stabilisierung. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Rom meldet, sind die Vorbereitungen für die endgültige Stabilisierung der Lira soweit vorgeschritten, daß mit ihrer baldigen Durchführung zu rechnen ist. Außer bedeutenden Devisenbeständen sind auch große Kredite bei den Notenbanken verfügbar. Als Stabilisierungskurs dürfte etwa die jetzige Lira-Notierung gewählt werden. Die Lira ist schon seit diesem Juli nicht mehr stärkeren Schwankungen ausgesetzt gewesen. Sie pendelt etwa zwischen 89,40 und 89,20 Lire für 1 Pf. St., nachdem sie vor etwa einem Jahre noch 114 notiert hatte.

Kurze Nachrichten

Die Lohnbewegung in der Textilindustrie. Die Verhandlungen in dem Streit im gesamten rechtsrheinischen Textilindustriegebiet wurden abgebrochen, so daß 55 000 Textilarbeiter des rechtsrheinischen Textilindustriegebietes in den Streit treten bzw. ausgesperrt werden.

Die Lage in der Zigarrenindustrie. Das Reichsarbeitsministerium erklärt, daß zur Stellung eines besonderen Schlichters in dem Streit der Zigarrenindustrie keine Möglichkeit sei, da der Tarifvertrag unfähig bis zum 31. März laufe.

Zum Oberbürgermeister von Prag wurde abermals der tschechoslowakische Nationalsozialist Dr. Baza, ein bekannter deutschemfeind, gewählt. Er erhielt von insgesamt 98 Stimmen 78. Auf den kommunistischen Kandidaten entfielen 15. Die vier deutschen Stadträte hatten keine Stimmzettel abgegeben.

Herb wird für seine neue Partei. Dienstag abend hat in Paris in einer stark besuchten Versammlung der Herausgeber und Redakteur der „Victoire“, Gustav Herb, einen Vortrag über die Aufgaben und Ziele einer neuen von ihm gegründeten nationalsozialistischen Partei gehalten. Seine Ausführungen wurden fortwährend durch Zurufe von faschistischer und kommunistischer Seite unterbrochen. Die Versammlung mußte schließlich unter hartem Tumult und unter den Klängen der Internationale aufgehoben werden.

Wetterdienst der Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte auch gestern sehr kühles Wetter und anhaltenden Regen. Nur in Südbaden fiel etwas weniger Regen. Der Wirbel im Südwesten Europas hat sich seit gestern in der Richtung nach Frankreich ausgebreitet und holt auf seiner Vorderseite beträchtliche Mengen Warmluft vom Mittelmeer herauf. Die Warmluft gleitet über die bei uns noch lagernde Kaltluft und verursacht verbreiteten Landregen in fast ganz Deutschland. Die Grundfläche zwischen der unteren Kaltluft und der darüber fließenden Warmluft ist seit gestern soweit gesunken, daß der Feldberg heute morgen bereits in die wärmere Schicht hineinragt. Es ist damit zu rechnen, daß die Warmluft auch bis in die tiefsten Lagen herunterkommen wird. Wetterausichten: milder, wolfig und noch einzelne Nachregen, auffrischende südliche Winde.

Jakob Christoph Heer: Romane und Novellen. Gesamtauflage. Zweite Reihe in fünf Bänden. (In Ganzleinen 32 M., Halbleder 48 M., Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart.) — Die gute Aufnahme, die die im Frühjahr erschienene erste Reihe der Gesamtauflage von Jakob Christoph Heers Romanen und Novellen allgemein fand, veranlaßt den Verlag, nunmehr die zweite Reihe zu bringen und damit das dichterische Gesamtwerk allen Freunden und Verehrern J. C. Heers darzubieten. Auch diese zweite Reihe umfaßt fünf Bände und enthält eine Anzahl der Hauptwerke des Dichters. Neben seinem berühmten Romane, dem mild leidenschaftlichen, in die Fingertwelt der Engländer Verge führenden „König der Bernina“ steht hier das biographisch-dichteriische „Dahl“, „Jogel“, hinter dessen schlichtem Helden der Leser un schwer die Züge des jugendlichen J. C. Heer errät, stehen weiter der handlungsreiche Roman „Laubgewind“, das Novellenbuch „Da träumen sie von Lieb und Glück“ und die beiden großen Erzählungen „Der lange Valtasar“ und „Auf Tappoli“. So erweist sich auch diese zweite Reihe, die wiederum in sich ein geschlossenes Ganzes bildet, geordnet wie auch im Zusammenhange mit der ersten Reihe als ein prächtiges Geschenkwerk, das zweifellos in jedem deutschen Hause zu den besten Gütern des Bücherregals zählen wird. Die Ausstattung der Bände: helles halbfestes Papier, Original-Innenfraktur, Ganzleinen bzw. Halblederbande mit Goldprägung nach Entwurf von Karl Siegrist, ist gebiegen und vornehm wie die der ersten Reihe.

Badischer Teil

Jahresfestung der Wissenschaftlichen Gesellschaft Freiburg i. Br.

Die Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft hielt am Sonntag vormittag im Hörsaal 1 der Universität ihre übliche Jahresfestung ab. Geheimrat Prof. Dr. Ginstel erstattete den Geschäftsbericht und konnte feststellen, daß sich eine beträchtliche Steigerung der für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel ergeben habe. Seien im Jahre 1924/25 noch ca. 7800 Mark verausgabt worden, so sei die Summe in diesem Jahre auf 15 390 M angewachsen. Trotz dieser ansteigenden Kurve habe man aber noch nicht die Hälfte der Mittel erreicht, die vor dem Kriege zur Verfügung gestanden haben. Besonderen Dank sprach der Redner noch dem Kultusminister Dr. Veers und Geheimrat Schwörer, Karlsruhe, aus, die durch ihre Befürwortung beim Reichsinnenminister es erreicht hätten, daß der im vorigen Jahre gewährte Zuschuß von 3500 M auf 5000 M erhöht werden konnte und knüpfte daran den Wunsch, daß die Zahl der hochherzigen Gönner der Gesellschaft sich noch vermehren möge. Anschließend an den geschäftlichen Teil hielt Prof. Dr. Janßen an Hand von vorzüglichem Lichtbildern einen Vortrag über den Gotischen Kirchenraum.

Weingutsfiedlungen in Steiermark

Zur Siedlungsfrage macht die Bayerische Landesfiedlung Mitteilungen, die auch in Baden Interesse finden dürften. Im Weinbaugebiet in Süsteiermark ist eine Anzahl kleinerer Weingüter veräußert. Unternehmungslustige Söhne von Weinbauern mit einigem Kapital, die in der Heimat keine selbständige Existenz haben, würden dort eine günstige Gelegenheit zur Ansiedlung finden. Die Preise bewegen sich zwischen 4500 und 42 000 M. Die Finanzierung soll in folgender Weise geregelt werden: Mindestens ein Viertel des Kaufpreises ist in bar anzuzahlen. Eine erste Hypothek in Höhe von höchstens 50 Proz. des Wertes zu 5 Proz. bei 99 Proz. Auszahlung auf zunächst 5 Jahre, eine zweite Hypothek für den Rest zu nicht über 7 und nicht unter 5 Proz. auf 10 Jahre, vom 2. Jahre ab in steigenden Raten rückzahlbar, können nachgewiesen werden. Die Wirtschaftlichkeit der Siedlungen ist eingehend geprüft worden. Es handelt sich um eine herrliche Gegend mit günstigem Klima für den Weinbau. Nähere Auskunft mit eingehenden Unterlagen erteilt das gemeinnützige Siedlungsunternehmen für Bayern, die Bayerische Siedlungs- und Landbau in München, Kanalstraße 20.

Wem gehören die Herrentaschenuhren?

In einer Strafsache wurden eine silberne Herrentaschenuhr ohne Goldrand mit römischen, schwarzen Ziffern (Zifferblatt hat drei gelbliche, kleine, kreisförmige Ringe) und eine Nickel-Herrentaschenuhr mit arabischen schwarzen Ziffern beschlagnahmt. Beide Uhren haben goldfarbige Zeiger und auf der Stelle der 6. Stundenzahl je Sekundenzähler gleicher Farbe. Beide Uhren befinden sich in einem Nickelstuhlgelände mit Glas, ausgelegt mit einem kleinen, kreisrunden, roten Nanellstoffstück. Eigentumsansprüche erbittet das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe (Bezirksamtsgebäude, Zimmer Nr. 70).

Einmietebetrüger

Ein angeblicher Arzt, der sich die Namen Dr. Seitel, Dr. Josef Müller, Dr. Alois Lachemaler beilegt, reist z. Bt. in Baden umher und mietet sich Zimmer. Nach kurzer Zeit verschwindet er wieder, ohne seine Mietschuld zu zahlen. Meistens begehrt er dabei noch Diebstahle. Auch hat er sich als angeleglicher Stützenarzt in einem Kaufhaus Waren erschwindelt. Der Schwindler ist 25 bis 30 Jahre alt, etwa 1,68 Meter groß, schlank, hat schwarze, nach hinten gekämmte Haare, schwarze buschige Augenbrauen und blaßes, volles Gesicht. Er spricht Oberländer oder Schweizer Dialekt, trägt grauen Anzug, oder graue Jacke und schwarz-weiß gestreifte Hose, braune Halbschuhe, graugrünen Regenmantel mit Gürt. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor dem Betrüger; gegebenenfalls wolle seine Festnahme veranlaßt werden.

Bei Familien-Anzeigen

der badischen Beamenschaft bietet die
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die beste Gewähr für weite Verbreitung
der Anzeige in Beamten- und Regierungskreisen

Bücheranzeigen

Marie und Margot. Ernste und heitere Tiergeschichten von Louis Pergaud. Deutsch von Dr. Adolf Heilborn. (Reich illustriert von Adolf Dahle. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. Preis Leinen 7 M.) — Mit diesem, mit dem Goncourt-Preise ausgezeichneten Buche, das von innigem Empfinden für die Natur und von tiefem gütigem Wissen um die Seele der Tiere erfüllt ist, stellt sich Louis Pergaud in die erste Reihe der inländischen und ausländischen Erzähler aus dem Tierleben. Eine Fülle sicherster Beobachtung bewahrt Pergaud von vornherein, in das billige Vermenschlichen der Tierseele zu verfallen; dennoch lernen wir in ihnen Wesen kennen, die mit uns Ähnlichkeit haben. Das Buch ist von dem bekannten Naturwissenschaftler Dr. Adolf Heilborn mit feinsten dichterischer Einfühlung überseht und erhält durch die reichen und vornehmen Illustrationen von Adolf Dahle, die sich mit dem Inhalt zu einem köstlichen Ganzen vereinigen, seinen besonderen Wert.

Grete von Urbanitzky: Der wilde Garten. Roman. (Leipzig. Desse u. Weyer Verlag. 292 S. Profiziert 4 M.) — Das eigenartige Buch ist ein Schillerinnen-Roman. All das Neue im Denken und Fühlen junger Menschen spiegelt sich in der Seele der alternden Oberlehrerin Südekum, die Grete v. Urbanitzky in den Mittelpunkt des Romans gestellt hat. Die Räte dieser Erzieherin, die ihre Lieblingschülerin Gertrud an ein ihr fremdes Leben verlieren muß, sind mit feinstem Verständnis nachempfunden. Das Buch, das seinem Stoffe nach auch heikle Dinge behandeln mußte, ist mit jenem Ernste geschrieben, der eine durchaus lautere Gesinnung verrät. Es sollte von allen durch und durch Erfahren, vor allem aber von allen Eltern gelesen werden, in deren Hause Töchter heranwachsen.

Gemeinde-Rundschau

Vollstimmung in der Gemeinde Dos. Es ist wohl das erstmalig in Baden, daß eine Vollstimmung in einer Gemeinde stattfindet. Eine solche hat das Ministerium des Innern für die Gemeinde Dos bei Baden-Baden auf 4. Dezember anberaumt. Der Minister hat, da sich in der Eingemeindungsfrage mit Baden-Baden Differenzen ergeben haben, die Auflösung des Bürgerausschusses Dos verfügt und die Vollstimmung beantragt. Zum Regierungskommissar, der die Wahlhandlung leitet, wurde Regierungsrat Dr. Hasencamp (Rastatt) ernannt.

Die Steuerlast in Baden-Baden. Die Baden-Badence Ortsgruppe der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels richtete anlässlich der Ausgabe der Forderungszettel für die Gemeindesteuern eine Eingabe an die Stadtverwaltung, die die Auffassung kundgibt, daß die derzeitigen Steuerlasten untragbar sind und die angeforderten Beträge von den davon Betroffenen normalerweise nicht aufgebracht werden können oder nur unter gleichzeitiger Belastung mit Bauschulden. In der Eingabe wird eine nochmalige Prüfung der Sachlage zwecks Aufhebung des Nachtrages 1926 verlangt. Auch wird beantragt, Anordnungen zu treffen, daß nachgesuchte Stundungen in allen Fällen bewilligt werden und Zwangsenteilungen unterbleiben. Die Angelegenheit dürfte in der nächsten Stadtratssitzung zu einer erneuten Aussprache führen. Zentrum und Sozialdemokraten haben dementsprechende Anträge eingebracht.

Gefährdete Wohnungsbauten in Emmendingen. Seinerzeit hatten sich, angeregt durch einen Unternehmer im Wiesental Schweizer Geldgeber bereitgefunden, den Bau einer größeren Anzahl Wohnhäuser in Emmendingen zu finanzieren. Es wurden am Südausgang der Stadt an der Straße nach Kollmarbreute zunächst sechs Doppelhäuser mit 12 Wohnungen in Angriff genommen, denen später noch mehr folgen sollten. Nachdem die Häuser nahezu bis zum Anrichten des Dachstuhlgebälles sind, wurden vor 14 Tagen die Arbeiten an denselben eingestellt, weil das Geld für die Bauhandwerker auf sich warten läßt. Die Schweizer Geldgeber sind für ihr bisheriges Anlagkapital für das Baugelände durch die in ihrem Besitz befindlichen Hypothekendarlehen gebunden. Im Falle eines Bankrotts, den zu vermeiden die zuständigen Stellen sich bemühen werden müssen, wären lediglich die Bauhandwerker die Geschädigten.

Eine nächtliche Gemeinde. Scherzungen (Amt Freiburg), dürfte in einer Hinsicht einzig im badischen Lande dastehen. Es hat kein Wirtshaus. Im Jahre 1919 wurde die hiesige Wirtshauswirtschaft geschlossen und in ein Privathaus umgewandelt. Jetzt will die Gemeinde bei dem Umbau des Rathauses Räumlichkeiten schaffen, die sich zum Wirtschaftsbetrieb eignen. Die Arbeiten am dem Rathausumbau dürften noch im Laufe d. J. beendet werden.

Nur eine Beerdigungs-Klasse in Bretten. Der Gemeinderat Bretten beschloß, nicht mehr wie bisher nach zwei Klassen, sondern nur noch in einer Klasse zu beerdigen.

Nachkorrektur. Die Nachgemeinden Singen a. S., Hausen und Friedlingen haben beschlossen, ein Vorprojekt zur Nachkorrektur aufstellen zu lassen, um die Entwässerung der Nachniederungen und die Ertragsfähigkeit des Wiesengeländes herbeizuführen. Die Kosten des Vorprojektes von 1500 RM wird von den drei beteiligten Gemeinden zunächst vorzuschußweise gedeckt werden, bis voranschlagsmäßige Mittel dem Wasser- und Straßenbauamt zur Verfügung stehen. Von diesem Vorprojekt wird dann die endgültige Form, in der die Regulierung des Nachlaufes und die Entwässerung der Nachniederungen durchgeführt wird, abhängen.

Der Besuch badischer Kurorte. In den ersten neun Monaten wurde Baden-Baden von 85 777 (72 673 i. V.) Personen besucht, darunter 68 392 (61 314) Deutsche und 17 385 (11 359) Ausländer. — In Badenweiler betrug die Zahl der Kurgäste in der gleichen Zeit 10 133 (9380) i. V., darunter 1223 Ausländer (1062 i. V.). — In Triberg stellt sich die Ziffer der Auslandsbesucher auf 2268, das sind gegen 1926 43 Prozent mehr.

Der städtische Voranschlag in Rühlheim. Die nächste Bürgerausschusssitzung wird sich mit dem Voranschlag für das Jahr 1927/28 beschäftigen. Er balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 632 000 RM wobei 92 000 RM durch Umlage zu decken sind. In Aussicht genommen sind 80 RM Umlage für das Grundvermögen, 32 RM für das Betriebsvermögen und 6 RM für den Gewerbeertrag.

Ein Vermessungsamtgebäude in Schopfheim. In der letzten Bürgerausschusssitzung wurde der unentgeltlichen Abtretung von Bauplänen an die Reichsfinanzverwaltung bzw. dem Landesfiskus für die Erstellung des Vermessungsamtgebäudes zugestimmt. Als Entgelt für die kostenlose Abtretung wird erwartet, daß die ortsansässigen Unternehmer bei Vergütung der Arbeiten bedacht werden.

Bei der Bürgermeisterwahl in Wollbach bei Berrach wurde im zweiten Bürgermeisterwahlgang Schmiebmüller Robert Gräßlin mit 172 Stimmen zum neuen Ortsbürgermeister gewählt.

Der Bürgerausschuß Kleinfaltenberg beriet den Voranschlag. Es verbleibt ein ungedeckter Aufwand von 37 194 RM, zu dem noch eine Rücklage von 5000 RM für den Schulhausneubau hinzukommt, so daß insgesamt 42 194 RM durch Umlage zu decken sind. Vom Grundvermögen sollen 123 RM, vom Betriebsvermögen 41 RM und aus dem Gewerbeertrag 612 RM erhoben werden. Die Annahme des Voranschlags erfolgte mit 27 gegen 7 Stimmen.

Neuwahlen des Bürgerrats in Basel. Ende November finden in Basel die Neuwahlen zum Bürgerrat statt. Die bürgerlichen Parteien werden, soweit man es zur Zeit überblicken kann, die Spitzenverbände eingehen. Nachdem die Sozialdemokraten die von kommunistischer Seite vorgeschlagene Spitzenverbände abgelehnt haben, werden die Linksparteien getrennt marschieren müssen.

Aus der Landeshauptstadt

Ehrung. Die „Viederhalle“ Karlsruhe, einer der bedeutendsten badischen Gesangsvereine, hat den Omann des Badischen Sängerbundes und Ehrenpräsident des Freiburger Männerchores Concordia, Dr. Oskar Metzger, zum Ehrenmitglied ernannt.

Dienstjubiläum. Dem Verwalter des Landesstrafgefängnisses, Verwaltungsdirektor Jakob Dier, hier, wurde ein vom Minister des Innern gezeichnetes Anerkennungsdiplom für 40 jährige treue Dienstzeit beim Staate überreicht.

Ein 98-jähriger. Am Samstag, den 5. d. M., konnte unser Mitbürger Georg Köhler in der Stille des Leopoldsd. und Soffienstifts bei guter Gesundheit seinen 98. Geburtstag feiern.

Aus der evangelischen Kirchengemeinde. Dieser Tage fand eine Sitzung des Gesamtkirchengemeindeausschusses über den Ortskirchensteuervoranschlag für 1927/28 statt. Danach betragen die Erfordernisse für die Kulturbedürfnisse 122 000 RM, die für die Baubedürfnisse 218 000 RM, der Verwaltungsaufwand beläuft sich auf 100 000 RM. Da nur geringe Deduktionsmittel vorhanden sind, beträgt der Steuerbedarf 488.886 RM.

Die Ausstellung „Unsere Heimat“ des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ bietet im Badischen Landesgewerbeamt in Karlsruhe in kleinem Rahmen eine Gliederung nach folgenden Abteilungen: Geologie und Botanik mit einer Zusammenstellung seltener Pflanzen, besonders aus dem Feldberggebiet; Photographie; Wintersport und Wasserwandern; Zoographische Abteilung; Sammlung von Holzern, Musterbibliothek, Statistische Darstellungen der Organisation und Gütenwesen. Zahlreiche Karten und Modelle geben einen Überblick über die von dem Verein entfaltete Tätigkeit im Wandergebiet des Schwarzwaldes und der Pfalz. Besonders Interesse findet ein Museum des badischen Landes, das unter dem Namen „Weinmuseum „Astein““ wertvolle Funde aller Art umfaßt. Zahlreiche badische Künstler haben ihre Gemälde ausgestellt und geben damit der interessanten Ausstellung, die bis zum 5. Dezember geöffnet ist, ein wirksames Relief.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Heidelberg, 9. Nov. In der vergangenen Nacht ist hier der bekannte Strafrechtslehrer, Geheimrat Professor Dr. Karl von Kiliethal, der gemeinschaftlich mit Franz von Bittl jahrzehntelang die „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ herausgegeben hat und von 1896 bis 1919 an der Universität Heidelberg lehrte, gestorben.

D3. Heidelberg, 8. Nov. Die Arbeiten an der Stauffen schreite rüstig vorwärts. Die Ufermauer ist bereits bis zur Höhe des späteren Leinpfades fertig betoniert und bald wird nicht mehr von der ehemaligen Mönchsinsel zu sehen sein. 580 Arbeiter sind auf dem Gelände beschäftigt.

D3. Bruchsal, 9. Nov. Dienstag vormittag wurde hier die in der ehemaligen Dragonerkaserne errichtete landwirtschaftliche Kreiswinterschule feierlich eröffnet. Der Vorstand der Schule, Landesökonomierat Köhler, begrüßte die Gäste, darunter Oberregierungsrat Cronenberger als Vertreter des Ministeriums des Innern. Die neue Schule zählt bereits 62 Schüler in 2 Kursen.

D3. Freiburg, 5. Nov. Bei der am 5. November erfolgten II. Immatrikulation wurden 224 Studierende neu aufgenommen. Auf die einzelnen Fakultäten verteilt entfallen: auf die theologische 8, auf die rechts- und staatswissenschaftliche 83, auf die medizinische 69, auf die philosophische 32 und auf die naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät 32. Unter den Immatrikulierten befinden sich 44 Frauen.

Donauerschiffen, 8. Nov. Am vergangenen Sonntag fand in Hülfigen die 25. ordentliche Generalversammlung und zugleich Jubiläumssfeier des Getreidelagerhauses der Saar statt. Die Generalversammlung wurde von dem Aufsichtsratsvorsitzenden, Bürgermeister Maier, geleitet. Nach dem von dem Geschäftsführer Böhlke erstatteten Bericht betrug die Summe der Umsätze für das in Betracht kommende Halbjahr (1. Januar bis 30. Juni) 403 000 RM. Die Umsatzenanteile an Getreide, Mehl, Futtermittel, Düngemittel u. a. Waren betrug rund 52 000 Zentner. Der Reingewinn beläuft sich nach 10 000 RM Abschreibungen auf 358,58 RM, die auf neue Rechnung vorgetragen sind. An die Generalversammlung schloß sich eine kleine Feier aus Anlaß des 25jährigen Bestehens.

D3. Bergzabern, 8. Nov. Da viele Südbayer Gemeinden Ackerland auf erloschenem Boden haben, die Bodenfrüchte aber wegen des französischen Ausfuhrverbotes in die Pfalz nicht in die Scheunen gebracht werden können, müssen die Landwirte künftig ihre Getreideernte im Elsaß selbst dreschen und verkaufen. Besonders schwer werden Büdingen und Ranzel betroffen, deren Ackerland größtenteils auf jeht französischem Boden liegt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Nov.		8. Nov.	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	169.14	169.48	169.05	169.39
Kopenhagen 100 Kr.	112.39	112.61	112.34	112.56
Italien . . . 100 S.	22.88	22.93	22.88	22.93
London . . . 1 Pf.	20.422	20.462	20.408	20.448
Newport . . . 1 D.	4.1935	4.2015	4.1910	4.1990
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.45	16.49
Schweiz . . . 100 Fr.	80.845	81.005	80.82	80.98
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.18	59.30
Prag . . . 100 Kr.	12.428	12.443	12.424	12.445

Die Lage in der süddeutschen Baumwollindustrie. Die Sitzung des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller in Augsburg, die der Bepfung der geschäftlichen Lage gewidmet war, stellte fest, daß die süddeutschen Baumwollspinnereien und Webereien zur Zeit noch voll beschäftigt sind, daß aber die Verkaufspreise, die teilweise schon während des ersten Halbjahres 1927 zu wünschen übrig ließen, seit einiger Zeit außerordentlich gedrückt sind und keinen Nutzen mehr lassen. Der Auftragsbestand geht über das erste Vierteljahr 1928, dessen Produktion zum Teil noch nicht voll verkauft ist, keinesfalls hinaus.

ACHTUNG — MOBELKÄUFER!

Um allen Möbelinteressenten den direkten Einkauf von **QUALITÄTS-MÖBEL** zu realen Preisen zu ermöglichen, eröffne ich zwecks schnellerer Bedienung der Kunden im alten Bahnhof, „Westflügel“, hier, eine **Fabrik-Musterausstellung** in welcher von heute ab Fabrikate meines seit 55 Jahren bestehenden und bestens eingeführten Stammhauses der Möbelfabrik Reicholzheim und befreundeter Firmen erhältlich sind.

Kaufen Sie daher nur beim Fachmann! Erste Referenzen zu Diensten, fachmännische Beratung in **MÖBEL UND DEKORATION** Zeichnerische Vorschläge kostenlos — Unbeschränkte Garantie Zur gefälligen Besichtigung ladet ergebenst ein

JULIUS OETZEL Karlsruhe, Kriegsstraße 7 (Alter Bahnhof) **Telephon 55** Lager Reicholzheim-Karlsruhe **Möbelfabrik** G. 874

Der berühmte **Schaller Tee** in Originalpackungen wird Sie durch seine hohe Güte stets befriedigen.

Nehmt Musikunterricht bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 280

Detektiv- u. Privat-Inst. Argus Mannheim O. 6. 6 Planken 33305 A. Maier & Co., G.m.b.H.

Korbmöbel „Mercedes“ ab Fabrik an jedermann. Ganzige Preise, bequem Teilzahl. Verl. des Katalog. Korbmöbelfabrik „Mercedes“ Lorch (Württemberg)

Güterrechtsregister. Offenburg, 3.873 Güterrechtsregistereintrag Band II, Seite 251: Wilhelm Schwendemann, Flechmermeister in Offenburg, u. Willy Karoline geb. Leis. Durch Vertrag vom 21. September 1927, wurde Gütertrennung vereinbart. Zum Güterrechtsregister Band II, Seite 214, Dr. Albert Kopp, prakt. Tierarzt in Schutterwald, und Elisabeth geb. Sahl wurde nachgetragen. Vorbehaltsgut ist sämtliches Viehbringen der Braut, sowie alles was ihr später durch Erbschaft, Schenkung oder sonstigen unentgeltlichen Titel anfällt, sowie der Personkraftwagen IV B 55210 NSU

Offenburg, 2. Nov. 1927. **Bad. Amtsgericht.**

Unsere Neuerscheinungen Herbst 1927

Karl Anton Prinz Rohan Moskau. Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland. VIII, 142 Seiten. Brosch. 3 RM., Leinen 4 RM. Mit starker Spannung folgt der Leser den Wegen dieser Reise — und lernt endlich Rußland aus realistischen, objektiven Schilderungen kennen. (Siehe unser Inserat vom 6. X.)

Hellpach-Dohna Die Krisis des deutschen Parlamentarismus. VI, 35 Seit. Preis 1.80 RM. Inhalt: Hellpach, Prof. Dr. W. (Heidelberg), Parlamentkrise und die Verfassung von Weimar (Referat). Dohna, Prof. Dr. Graf zu (Bonn). Die Weimarer Reichsverfassung und die Krise des Parlamentarismus (Korreferat). Diese beiden Vorträge auf der Weimarer Tagung deutscher Hochschullehrer lassen das neue, überparteiliche politische Denken und seine praktische Wirkung eindringlich erkennen und beanspruchen das Interesse weitester Kreise.

VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE

Eisu-Matratzen Betten Stahlmatratz., Kinderbetten günstig an Private. Kat. frei Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

COLOSSEUM Waldstraße 16 **Telephon 5599** Täglich abends 8 Uhr Die lachende Revue **Freut euch des Lebens!**

Badisches Landestheater Donnerstag, 10. Nov. 1927 * D 9 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 101—200 **Die verkaufte Braut** von Smetana Musikalische Leitung: Josef Krips In Szene gesetzt von Otto Krauß

Kreuschina Käthinka Marie Micha Agnes Köfer Strad Wanz Vogel Buzgeff

Wenzel Hans Rezal Springer Esmeralda Muff Kaufötter Rentwig Schuster Müller Seiberlich Gröbinger Länge einstudiert von Edith Bielerfeld Anfang 7 1/2 Ende nach 10 I. Rang und I. Sperritz 7 RM. Fr. 11. Nov.: Zwölfstundens. Sa. 12. Nov.: Die Braut von Messina.

Les Bücher Wissen gibt Macht!